Konflikt- und Gewaltforschung

Andreas Grau | Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.)

Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden

BELTZ JUVENTA

Andreas Grau | Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.)
Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden

Konflikt- und Gewaltforschung

Herausgegeben von
Wilhelm Heitmeyer | Kurt Möller | Peter Sitzer |
Andreas Zick

Andreas Grau | Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.)

Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden

BELTZ JUVENTA

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2013 Beltz Juventa · Weinheim und Basel
www.beltz.de · www.juventa.de
Satz: text plus form, Dresden

ISBN 978-3-7799-4087-6

Inhalt

Vorwort
Der Anlass sozialräumlicher Analysen 9

Kapitel 1
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement 11
Wilhelm Heitmeyer, Andreas Grau
1.1 Das Grundkonzept 11
1.1.1 Das Problem 11
1.1.2 Warum Sozialraumanalysen? 12
1.1.3 Einstellungen erfassen – Engagement der Bürger stärken 14
1.1.4 Der interventionsnahe Ansatz 15
1.2 Die Rolle des sozialräumlichen Umfeldes für die Entwicklung menschenfeindlicher Einstellung 16
1.2.1 Objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Individualebene 17
1.2.2 Subjektive Indikatoren (Einstellungen, Wahrnehmungen, Interpretationen) 17
1.2.3 Objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Kontextebene 18
1.2.4 Untersuchungsfragen 19
1.3 Das Analysemodell 21
1.3.1 Theorie sozialer Desintegration 21
1.3.2 Vermittelnde Interpretations- und Einstellungsmuster 25
1.3.3 Individuelle Reaktionsweisen 27
1.4 Aktivierende Sozialforschung und reflexive Stadtgesellschaft 31

Kapitel 2
Strukturbeschreibung der Untersuchungsgebiete 34
Julia Marth
2.1 Anklam 36
2.2 Wernigerode 41
2.3 Bad Nenndorf 45
2.4 Pirmasens 49
2.5 Synopse zu den vier Sozialräumen 54

Kapitel 3
Quantitative Analysen der Befragungsdaten
zu sozialräumlichen Vergleichen 58
Julia Marth
3.1 Politische Machtlosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und sozialer Zusammenhalt im lokalen Kontext 59
3.1.1 Einleitung 59
3.1.2 Politische Machtlosigkeit und Fremdenfeindlichkeit 60
3.1.3 Kohäsion im sozialen Nahraum 61
3.1.4 Analysemodell und Operationalisierung 64
3.1.5 Politische Machtlosigkeit und Abwertung – Kohäsion als Moderator? 75
3.1.6 Diskussion der Ergebnisse 89

Andreas Zick, Andreas Hövermann
3.2 Zwischen Widerstand und Befürwortung – zivilcouragierte Einstellungen gegenüber dem lokalen Rechtsextremismus 93
3.2.1 Einleitung 93
3.2.2 Eine Analyse der Einstellungen an vier Orten 94
3.2.3 Zusammenfassung 110

Carina Wolf, Andreas Grau
3.3 Relative Deprivation und Abstiegsängste in Sozialräumen 112
3.3.1 Einleitung 112
3.3.2 Relative Deprivation: Ursachen, Korrelate und Konsequenzen 114
3.3.3 Empirischer Teil 122
3.3.4 Diskussion 130

Andreas Hövermann
3.4 Anomia – Normlosigkeit und Vorurteile im lokalen Kontext 132
3.4.1 Einleitung 132
3.4.2 Wie weit sind anomische Gefühle verbreitet? 134
3.4.3 Wer fühlt sich anomisch? 137
3.4.4 Wie wirken sich anomische Gefühle auf *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* aus? 143
3.4.5 Fazit 148

Kapitel 4
Fallanalyse Dortmund 150
Andreas Grau
4.1 Quantitative sozialräumliche Analysen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Dortmund 151
4.1.1 Beschreibung der Stadtbezirke 151
4.1.2 Die empirische Untersuchung 159
4.1.3 Resümee 184

Claudia Luzar
4.2 Rechtsextreme Strukturen in Dortmund 187
4.2.1 Einleitung 187
4.2.2 Eine Analyse des Rechtsextremismus zwischen 2008 und 2012 187
4.2.3 Zwischenfazit 200
4.2.4 Vereinsverbote und aktuelle Entwicklungen im Sommer 2012 200

Rainer Strobl
4.3 Analyse der Vernetzung im Rahmen des Dortmunder Aktionsplans in Dortmund 202
4.3.1 Zur Einführung 202
4.3.2 Methodisches Vorgehen 203
4.3.3 Ergebnisse der Netzwerkanalyse 207
4.3.4 Resümee und Hinweise für die Weiterentwicklung des Netzwerks 220

Kapitel 5
Fallanalyse Dresden 223
Sylja Wandschneider
5.1 Eine deskriptive sozialräumliche Analyse zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Dresden 224
5.1.1 Der Rahmen 224
5.1.2 Datenerhebung, Stichprobenbeschreibung und Auswertungsmethodik 225
5.1.3 Empirische Ergebnisse für Dresden 227
5.1.4 Lokalprofile der Dresdener Ortsämter 239
5.1.5 Zusammenfassung und Fazit 254

Dierk Borstel
5.2 Rechtsextreme Akteursgruppen und Strukturen in Dresden 257
5.2.1 Einleitung 257
5.2.2 Relevanzkriterien und Raumordnungskonzeption 258
5.2.3 Empirische Ergebnisse 261
5.2.4 Zusammenfassung 276

Kapitel 6
Systematisiertes Aktionskonzept im lokalen Kontext 278
Wilhelm Heitmeyer
I.) Zur Notwendigkeit selbstreflexiver Akteursgruppen 278
II.) Zum Interaktionsgeflecht im lokalem Kontext 279
III.) Ist ein systematisiertes lokales Aktionskonzept realisierbar? 282

Fazit 284
Wilhelm Heitmeyer, Andreas Grau

Literatur 287

Die Autorinnen und Autoren 305

Vorwort
Der Anlass sozialräumlicher Analysen

Dieser Band steht in einer langen Reihe von Veröffentlichungen zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,* sozialer Desintegration und Engagement gegen Rechtsextremismus.

Die Langzeitstudie, die in der Reihe „Deutsche Zustände" (Heitmeyer 2002–2012) veröffentlicht worden ist, war repräsentativ für Deutschland angelegt. Regional vergleichende Analysen wurden auf der Basis dieser Daten auch auf der Ebene von Bundesländern durchgeführt (Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer 2007). Auch die europäische Vergleichsstudie gehört in dieses wissenschaftliche Repertoire (Zick/Küpper/Hövermann 2011).

Unser auf gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft ausgerichtetes Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld wurde trotz dieser differenzierten Analysen bei den zahlreichen Vorträgen in den unterschiedlichen Institutionen in Städten und Gemeinden mit einer wiederkehrenden Aussage konfrontiert: „Es kann ja sein, dass die nicht erfreulichen Ergebnisse in Europa, in Deutschland oder in den Bundesländern zutreffend sind – aber hier vor Ort ist so ziemlich alles anders." Gemeint war: besser.

Daraus entstand die Motivation für sozialräumliche Analysen, um Belege für solche Probleme „vor Ort", in Städten und Gemeinden aufzuzeigen – und Anreize für ein Nachdenken über den Zustand der Mentalitäten der eigenen Gemeinde oder der Stadtgesellschaft zu setzen.

Wir fanden zahlreiche finanzielle Unterstützung, voran der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder (zum Zeitpunkt des Projektstarts Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; bei Projektende Bundesministerium des Innern), der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., der Landespräventionsrat Niedersachsen sowie die Bundeszentrale für politische Bildung. Bemerkenswert ist, dass Städte wie Dortmund und Dresden eigene Mittel investierten, um solche Diskussionen in ihrer Stadt in Gang zu setzen. Andere Städte wie Frankfurt und Nürnberg haben mit zahlreichem Taktieren das Zustandekommen einer Erhebung verweigert, obwohl für diese kein finanzieller Aufwand entstanden wäre. Die Verantwortlichen in den Stadtspitzen wollten über den Zustand in ihren Stadtvierteln nichts wissen.

Kurz: Die Entwicklung einer *reflexiven Stadtgesellschaft* ist – z. B. jenseits der Sonntagsreden politisch Verantwortlicher und auch von Netzwerkaktivisten – nachweisbar schwierig. Aber es gibt keine Alternative, wenn man sich über „produktive Unruhe" anregen lässt. Die Bereitschaft, das haben die Analysen gezeigt, ist sehr begrenzt.

Zu danken ist neben den finanziellen Förderern den Autorinnen und Autoren sowie insbesondere Dr. Sandra Legge, die an der Konzeption und den ersten Untersuchungen sehr intensiv mitgearbeitet hat. Ebenso ist Dr. Axel Lubinski besonders zu danken, der uns auch in schwierigen Projektphasen besonnen zur Seite gestanden ist.

Bielefeld, Januar 2013 Wilhelm Heitmeyer

Kapitel 1
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement

Wilhelm Heitmeyer, Andreas Grau

1.1 Das Grundkonzept

1.1.1 Das Problem

Immer wieder werden Vorurteile und feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung nachgewiesen. Gleichzeitig existiert in zahlreichen Gemeinden und Städten, teilweise auch in einzelnen Wohngebieten, große Beunruhigung über Aktivitäten demokratiefeindlicher Parteien und Vereinigungen. Politische Aktivitäten solcher Gruppierungen, in z. T. neuen „unauffälligen" Formen, können sich mit den Einstellungen in der Bevölkerung verbinden und in den Sozialräumen eine feindselige Normalität schaffen. Ist ein solcher Zustand feindseliger Normalität erreicht, dann entsteht das Problem, dass es nicht mehr ausreicht, dass jene, die sich für das Gemeinwesen bzw. das Wohnumfeld verantwortlich fühlen, die Initiative gegen derartige politische Aktivitäten ergreifen, vielmehr rückt dann die Frage nach dem Zustand des eigenen Gemeinwesens in den Mittelpunkt und damit letztlich die Frage: „Wie wollen wir in unserer Stadt, in unserer Gemeinde leben?" Diese Frage ist deswegen zentral, weil feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung von Gemeinden, Städten und Stadtteilen auch als Legitimationsgrundlage für rechte Parteien, Vereinigungen etc. zur politischen Instrumentalisierung und weiteren Verbreitung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF), der Diskriminierung bestimmter Gruppen und von Gewalt genutzt werden können.

Hier können rechtsextremistische Strömungen und Gruppen verschiedener Art anknüpfen und abwertende Einstellungs- und Verhaltensmuster verstärken; sie stellen damit unabhängig von Wahlerfolgen ein die Demokratie gefährdendes Potenzial dar. Es reicht also nicht aus, dass Rechtsextre-

mismus nur über Demonstrationen und Verbote bekämpft wird, vielmehr ist für ein nachhaltiges Eintreten gegen Rechtsextremismus die Einbindung und Aktivierung der Bevölkerung notwendig. Denn gerade in ländlichen Regionen, in denen demokratische Akteure kaum oder nur geschwächt tätig sind, tritt insbesondere die NPD und ihre Anhängerschaft mit zum Teil gelungenen „Kümmerer"-Aktionen auf, die einerseits einen positiven Eindruck in der Bevölkerung hinterlassen und andererseits nicht selten die Nachlässigkeit und Handlungsunfähigkeit der demokratischen Akteure verdeutlichen. In diesem Zusammenhang zeigen die Ergebnisse des Projekts zur „*Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* im lokalen Raum" deutlich, dass sich die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern eines Ortes gegen Rechtsextremismus insbesondere dann schwierig gestaltet, wenn bereits positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten vorliegen, denn ganz allgemein engagieren sich Individuen kaum gegen etwas, das für sie mit positiven Assoziationen verknüpft ist.

Ziel des hier vorgestellten Ansatzes ist es, in Zusammenarbeit von Wissenschaft, Akteuren vor Ort und Politik lokales Engagement gegen solche Prozesse und Zustände zu aktivieren. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, genauere Kenntnis über die Entstehung und das Ausmaß menschenfeindlicher Einstellungen sowie der (defizitären) Engagementbereitschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten im „eigenen" lokalen Raum zu erlangen.

Konkret verfolgt der Ansatz „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* im lokalen Raum" vor diesem Hintergrund zwei Ziele:

1. Das wissenschaftliche Ziel besteht in der Analyse der Bedeutung der Struktur von Gemeinden, Städten und Stadtvierteln für die Entstehung und das Ausmaß an GMF bzw. bürgerschaftlichem Engagement.
2. Damit aufs engste verbunden ist die zweite, interventionsnahe Zielsetzung bezüglich der Unterstützung einer reflexiven Stadtgesellschaft, die über sich selbst nachdenkt im Hinblick auf die beschriebenen Problemlagen, um auf diesem Weg das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

1.1.2 Warum Sozialraumanalysen?

Das Projekt „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* im lokalen Raum" widmet sich den interessierenden Phänomenen explizit in ihrem lokalen Zusammenhang, denn dieser bestimmt den Handlungsrahmen der meisten Menschen. Dabei gehen wir davon aus, dass bestimmte Merkmale des unmittelbaren Lebensraums einen nachweisbaren Einfluss auf die individuellen Sichtweisen, Wahrnehmungen und Erfahrungen von Personen haben und so letztlich auch die Einstellungen gegenüber verschiedenen, insbeson-

dere schwachen sozialen Gruppen maßgeblich mit beeinflussen. Wenngleich eine Reihe von Studien vorliegt, die sich mit der Bedeutung des unmittelbaren Wohn- und Lebensraums für verschiedene soziale Phänomene beschäftigen, so ist dies bislang nicht im Zusammenhang mit GMF eingehend untersucht worden. Ein solches Vorgehen ist jedoch aus verschiedenen Gründen notwendig: So zeigen Ergebnisse aus dem Langzeitprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,* dass objektive Indikatoren, wie Abwanderungs- oder Arbeitslosenquote, erklärungskräftig sind im Hinblick auf die Abwertung schwacher Gruppen (Hüpping/Reinecke 2007; Grau/Groß/Reinecke 2012). Dieser Zusammenhang wird allerdings über die individuellen Wahrnehmungen, Problemsichten und Situationsdefinitionen (Angst vor Arbeitslosigkeit, politische und gesellschaftliche Machtlosigkeit, Orientierungslosigkeit etc.) vermittelt, die ihrerseits durch die soziale Umwelt beeinflusst werden. Ausgehend von der Theorie Sozialer Desintegration (Anhut/Heitmeyer 2000, 2005) nehmen wir dabei an, dass sich insbesondere Desintegrationserfahrungen und -wahrnehmungen der Bewohner derart negativ auswirken, dass schwache Gruppen dann eher mittels *Abwertung,* Diskriminierung oder Gewalt zur *Aufwertung* der eigenen Position herangezogen werden.

Die lokalbezogenen Analysen in Gemeinden und Städten sind insbesondere deswegen notwendig, weil sie gegen das allseits bekannte Abwehrargument – die vielen Probleme sind bekannt, vor Ort aber nicht relevant – gerichtet sind. So werden verallgemeinerungsfähige Aussagen über die Gesellschaft für den eigenen Sozialraum oftmals bestritten: „Bei uns ist alles anders." Verantwortliches Handeln gewinnt aber an Gewicht, wenn es auf einer überprüften (und überprüfbaren) Situationsbeschreibung für den eigenen Ort basiert. Dabei gibt es keinen objektiven Maßstab über die Problemlage im einzelnen Sozialraum, sondern die Einschätzung ist Teil der öffentlichen Debatte und hängt damit auch vom Sensibilisierungsgrad der einzelnen Menschen und Gruppen in einer Gemeinde oder Stadt ab.

Zentral ist dabei die Frage, wie die Ergebnisse in die öffentlichen Debatten von Gemeinden und Städten, also in Schulen, in Vereinen, im Stadtrat etc. eingebracht werden können, bestehen doch hinsichtlich der hier thematisierten Problemzusammenhänge oftmals Ignoranz, Verdrängung oder Verlagerung. In diesem Zusammenhang interessieren insbesondere die folgenden Aspekte:

- Wie können präventiv die subjektiven Empfindungen, Ängste etc. im jeweiligen Sozialraum zum öffentlichen Thema gemacht werden, so dass nicht erst im Nachhinein, also nach Konflikten oder gar Gewalt interveniert wird – und dann in erster Linie ordnungspolitisch durch Polizei und Justiz?

- Wie initiiert man eine öffentliche Diskussion um die Qualität des lokalen Zusammenlebens, also eine *reflexive* (Stadt-)Gesellschaft bzw. ein über sich selbst „nachdenkendes" Wohnquartier, um die Stärkung eines bürgerschaftlichen Engagements zu erreichen, das über die gewohnten kommunalpolitisch eingeengten Pfade hinausreicht, andere örtliche Eliten erreicht und bewegende Themen sichtbar und diskutierbar macht und so auch gegen eine vielerorts beliebte Imagepolitik vorgeht, die latente Probleme verdeckt bzw. versucht, diese zu ignorieren?
- Wie erreicht man „produktive Unruhe", um der Abwertung schwacher Gruppen entgegenzuarbeiten und stattdessen auf eine *Kultur der Anerkennung* in der Nachbarschaft, im Wohnviertel und in der Stadtgesellschaft hinzuwirken?

1.1.3 Einstellungen erfassen – Engagement der Bürger stärken

Dem Ansatz liegt die Erwartung zu Grunde: Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (gemessen am Ausmaß von GMF vor Ort) im eigenen identifikationsrelevanten Umfeld (von Nachbarschaft, Wohnquartier, Gemeinde usw.) vorliegen, desto gezielter kann bürgerschaftliches Engagement aktiviert und gestärkt werden. Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass lokale Räume über je spezifische Charakteristika verfügen und sich daher sowohl im Hinblick auf das Ausmaß demokratiegefährdender Einstellungen als auch hinsichtlich der Beschaffenheit bürgerschaftlichen Engagements deutlich voneinander unterscheiden. Die in diesem Band vorgestellten Analysen widmen sich der Bedeutung des kommunalen Kontextes (z. B. Arbeitslosenquote) für die Entstehung und das Ausmaß an GMF, um hiervon ausgehend systematisch und unter Berücksichtigung der je lokalspezifischen Bedingungen bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Weil hierbei insbesondere die existierenden Formen politischer Partizipation eine nicht unwesentliche Rolle spielen, werden auch diese hinsichtlich ihres Einflusses auf die Mentalitäten und Engagementpotenziale der ansässigen Bevölkerung in der Untersuchung berücksichtigt. Daraus ergibt sich der Zuschnitt des Ansatzes mit der gezielten Fokussierung auf die unterschiedlichen Bedingungen im lokalen Raum hinsichtlich:

- der Situation der Menschen;
- der Einstellungsmuster zu GMF als Legitimationsfundus für rechtsextreme Aktivitäten;
- des Verhältnisses zum demokratischen System und zur politischen Kultur vor Ort;

- des Potenzials für Engagement gegen Rechtsextremismus im eigenen Sozialraum.

1.1.4 Der interventionsnahe Ansatz

Der Ansatz mit explizitem Fokus auf die wissenschaftlich gestützte Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen demokratiegefährdende Strömungen erzielt nur dort eine positive Wirkung, wo es gelingt, Aktivitäten aus der Dorf- oder Stadtgesellschaft heraus zu entwickeln, d.h. unter einer möglichst breiten Beteiligung der örtlichen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang sehen wir die Bewohnerbefragung als das *Herzstück* des Modellprojekts. Sie ist deshalb das Herzstück, weil die so gewonnenen Daten die Basis für die angestrebte Erarbeitung lokaler Handlungsstrategien bilden.

Der Erfolg ist aber vor allem von der Kooperation der verschiedenen Akteure in den Sozialräumen abhängig, denn sie sind aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen *die* Experten für das soziale Klima und die politische Kultur vor Ort. Dabei sei nochmals betont, dass für die Übersetzung der Ergebnisse und ihre Rückspiegelung in die Bevölkerung bevorzugt bereits lokal vorhandene Strukturen genutzt werden sollten. Idealerweise sollte die Zusammenarbeit mit den Ansprechpartnern vor Ort dabei als Partnerschaft charakterisiert werden können: Eine gute Praxis kann von der Wissenschaft profitieren und die Wissenschaft braucht die Praxis zur Fortentwicklung des Kenntnisstandes.

Insgesamt kann das Konzept, lokalen Akteuren gesicherte und unabhängige Informationen über den Zustand ihres Gemeinwesens bereitzustellen, ausgehend von den ersten Erfahrungen, als durchaus aktivierend angesehen werden. Deutlich wird aber auch, dass eine klare Stärkung der Akteure im lokalen Raum anzustreben ist, wobei diese Stärkung über eine generalisierte Unterstützung hinausgehen sollte. Bloße lokale Aktionspläne etwa sind eher skeptisch zu betrachten, da oft kein „Konstruktionsprinzip“ erkennbar ist, sondern vielmehr eine Addition vorherrschender Partialinteressen und ein „Weiter so“ vorzufinden sind. Eine derartige „Schrotschusslogik“, d.h. „irgendwas wird schon treffen“, wurde mit dem sozialräumlichen Ansatz des Projektes von vorne herein zu vermeiden versucht. Er ist damit geeignet, auch abwehrende Aktivitäten z.B. durch die lokale Politik, zu überwinden, also konkret zur Veränderung der vorherrschenden politischen Kultur beizutragen.

1.2 Die Rolle des sozialräumlichen Umfeldes für die Entwicklung menschenfeindlicher Einstellung

Das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen in geteilten Sozialräumen von ländlichen Gemeinden, Kleinstädten oder Stadtvierteln großer Städte trägt vielfältige Züge. Die Qualität reicht von intensiven Kontakten und Netzwerken, die auf Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit basieren, bis hin zur fest verankerten Markierung von Ungleichwertigkeit und Verletzung der psychischen wie physischen Unversehrtheit in Form von Diskriminierung und Gewalt, worunter auch feindselige Stimmungen etwa in der Mehrheitsbevölkerung gegenüber schwachen Gruppen, alltägliches Diskriminierungsverhalten als auch das gewalttätige Agieren politischer Gruppen, wie beispielsweise rechtsextreme Kameradschaften, fallen.

Das Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) untersucht seit 2002 jährlich die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von feindseligen Mentalitäten in Deutschland auf der Basis einer repräsentativen Stichprobe von ca. 2 000 Personen der Mehrheitsgesellschaft.

Mit GMF ist keine individuelle Feindschaft gemeint, sondern sie erfolgt aufgrund der zugeschriebenen oder tatsächlichen Gruppenzugehörigkeit. Abwertung, Diskriminierung und Gewalt richtet sich gegen schwache Gruppen in der Gesellschaft insgesamt und damit auch im eigenen Sozialraum von Gemeinden, (Klein-)Städten und Stadtteilen.

Im GMF-Projekt werden dazu nicht nur jene gezählt, die „fremd" sind, sondern auch jene, die „anders" zu sein scheinen. Deshalb werden insgesamt neun Elemente untersucht: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Homosexuellen, die Reklamierung von Etabliertenvorrechten und Sexismus.

Sie basieren alle auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit und bilden ein Syndrom. D.h. die Elemente hängen zusammen und sind nicht isoliert von einander zu betrachten. Deshalb können „Mobilisierungsexperten" an verschiedenen Vorurteilen ansetzen und dazu beitragen, dass sie auch auf andere Gruppen überspringen.

Bisher existieren Analysen über Ausmaß, Entwicklungen und Ursachen auf der nationalen Ebene (u.a. in den Bänden „Deutsche Zustände", Folge 1–10), die sowohl auf jährlichen Repräsentativbefragungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch auf Längsschnittdaten basieren. Durch zusammengespielte Datensätze sind auch regionale Analysen möglich, um Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens zu machen.

Die Vielzahl an Analysen hat eine ganze Reihe von Ergebnissen hinsichtlich der Zusammenhänge und Ursachen von GMF hervorgebracht, die zugleich eine wichtige Grundlage für die Lokalanalysen bilden. Insgesamt las-

sen sich die Analysen in drei Bereiche untergliedern: 1. Die Bedeutung objektiver sozialstruktureller Faktoren auf der Individualebene für GMF, 2. die subjektiven Faktoren (Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen) auf der Individualebene sowie 3. die von sozialstrukturellen Faktoren (sozioökonomische Entwicklung, Ausländeranteil, Abwanderungsquote) auf der Kontextebene.

1.2.1 Objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Individualebene

Im Hinblick auf sozialstrukturelle Merkmale haben sich insbesondere die Soziallage, das Alter sowie die innerdeutsche Herkunft (unterteilt nach Ost/West) als erklärungskräftig gezeigt.

So konnte in den verschiedenen GMF-Surveys wiederholt gezeigt werden, dass die *Soziallage* (hier gemessen über die Indikatoren Einkommen, Bildungsniveau, Berufsprestige des Haushaltsvorstandes) für die Erklärung von Vorurteilen eine gewichtige Rolle spielt (Mansel/Heitmeyer 2005, S. 62 ff.; Mansel/Endrikat/Hüpping 2006, S. 55 ff.). Der wichtigste Prädiktor ist in diesem Zusammenhang das Bildungsniveau. Ebenfalls erklärungskräftig erweist sich das Lebensalter. Mit Ausnahme für die Abwertung von Obdachlosen stimmt die Gruppe der älteren Befragten allen Syndromelementen eher zu, wobei der Effekt insbesondere auf die Befragten über 60 Jahre zurückzuführen ist (Endrikat 2006; für rechtsextreme Einstellungen auch Iser/Schönfelder 2005).

Offen ist aber u. a. welche Effekte sich für die Ausprägungen feindseliger Mentalitäten zeigen, wenn sich soziale Benachteiligung mit räumlicher Benachteiligung verbindet und welche Rolle die Altersstruktur im Wohnumfeld spielt.

1.2.2 Subjektive Indikatoren (Einstellungen, Wahrnehmungen, Interpretationen)

Anhand der Ergebnisse unserer Studien wird aber auch deutlich, dass der Zusammenhang durch eine Reihe weiterer Faktoren moderiert und mediiert wird (Deprivationen, Identifikationsprozesse, Kontakterfahrungen etc.), die nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet werden können. So sehen sich im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung z. B. auch mittlere Soziallagen stärker bedroht. Über 50 % der Personen aus mittlerer Soziallage berichten u. a., dass sie mehr Angst vor einem sozialen

Abstieg seit der Einführung von HARTZ IV haben. Zugleich hat diese Angst nur für die mittlere Soziallage einen Effekt auf die Fremdenfeindlichkeit (Mansel/Endrikat/Hüpping 2006; Hüpping 2006).

Auch das weit verbreitete Gefühl der Orientierungslosigkeit zeigt deutliche Zusammenhänge mit all unseren Syndromelementen. Zugleich lässt es sich nur sehr bedingt durch objektive Faktoren (wie Einkommen, Geschlecht, Alter etc.) erklären. Es hängt vielmehr mit den negativen Wahrnehmungen gesellschaftlicher Prozesse zusammen (Kühnel/Schmidt 2002; Hüpping 2006). Ähnliches gilt für das Gefühl politischer und gesellschaftlicher Machtlosigkeit. Es begrenzt sich keineswegs auf Personengruppen unterer Soziallagen. Aber auch hier zeigen sich moderate bis starke Zusammenhänge zwischen dem Gefühl persönlicher Machtlosigkeit im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Prozesse sowie der Abwertung gesellschaftlich schwacher Gruppen.

Offen ist aber, welchen Einfluss das Wohnumfeld auf die Wahrnehmungen, Einstellungen und Problemdefinitionen der Ansässigen ausübt, ob also bspw. das Gefühl der politischen Machtlosigkeit durch die spezifische politische Kultur im unmittelbaren Lebensraum verstärkt oder begrenzt werden kann.

1.2.3 Objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Kontextebene

Sozialstrukturelle Analysen allein bleiben in der Regel wenig „aufregend". Armuts- oder Ausländerberichte von Kommunen werden erstellt, in kleinen Kommissionen beraten und administrativ verarbeitet. Sie bleiben sozial „unterkühlt" und in der Regel *bewegungsarm,* weil es sich um Minderheiten handelt.

Die Analysen zu GMF beziehen sich auf Mentalitäten in der Mehrheit und spiegeln deren subjektive Einstellungen, die sich auch in Haltungen bzw. Verhaltensbereitschaften im Alltag der Nachbarschaft, des Wohnquartiers oder Stadtteils niederschlagen, d. h. in öffentlichen Verkehrsmitteln, am Stammtisch, in Vereinstreffpunkten etc. Dort sind es potenziell *bewegende* Themen. Es wird nicht über die Situation von Armen, Ausländern etc. geredet, sondern über die eigenen *Bewertungen* dieser Gruppen, die auch Abwertungen enthalten und z. T. als „normal", zumindest aber für legitim gehalten werden.

Mit diesem Ansatz wird betont, dass nicht allein objektive Daten ausreichen, um die *Qualität* des Zusammenlebens zu bestimmen und bürgerschaftliches Engagement in Gang zu setzen, um das „Klima" in dem jeweiligen

Sozialraum zu beeinflussen. Die Beeinflussung des Klimas ist eine zentrale Aufgabe, um die ständigen Reproduktionen menschenfeindlicher Mentalitäten zu unterbrechen. Im Reproduktionsmodell (Heitmeyer 2007a, S. 283) geht es zentral um GMF in der Bevölkerung. Das zu lokalisierende Problem besteht in der „Schweigespirale" (Noelle-Neumann 1998). Danach artikulieren Personen in abwertenden und diskriminierenden Äußerungen umso eher, je stärker sie den Eindruck haben, dass sie Teil einer Mehrheit sind. Dies kann sich auch auf die face-to-face-Interaktionen im eigenen Sozialraum von Gemeinden, Städten und Stadtteilen beziehen. Dies ist umso problematischer, wenn der Risikofaktor „Konformitätsdruck" in den eigenen sozialen Beziehungen von Freundes- und Bekanntenkreis hinzukommen (Petzke/Endrikat/Kühnel 2007). Mit Hilfe von Lokalanalysen lassen sich solche Problemlagen aufdecken. Sie können zeigen, welches die Bedingungen sind unter denen Desintegrations- und Marginalisierungspotenziale Konflikte befördern und wann dies nicht der Fall ist. Damit ist zugleich die Möglichkeit einer gezielten Prävention wie Intervention gegeben, d.h. die Ergebnisse der spezifischen Lokalanalysen lassen sich mit den bestehenden Interventionen vor Ort abgleichen bzw. lassen sich aus den gewonnenen Ergebnissen gezielte Interventionsstrategien etablieren.

> *Das Problem besteht nun darin, dass solche großräumigen Analysen noch relativ „interventionsfern" für die einzelne Bürgerin bzw. den einzelnen Bürger sind, und viele Analysen zum Zusammenhang von Wohnumfeld und intergruppalen Beziehungen nicht ermöglichen. Daher wurden die* interventionsnahen Lokalanalysen *konzipiert, in dem* objektive *Strukturdaten wie Arbeitslosigkeit, Einkommensstruktur, Ausländerquote, Kriminalitätsrate etc. mit* subjektiven *Daten aus Bewohner-Befragungen verbunden werden.*

1.2.4 Untersuchungsfragen

Die wissenschaftliche Ausrichtung des Projekts zielt auf die Bedeutung der Kontexteffekte für GMF. Ein besonderer Fokus wird dabei auf das Zusammenspiel von kontext- und individuellen Merkmalen der Bewohner gelegt. Darüber hinaus soll untersucht werden, unter welchen Umständen Kontextmerkmale wirksam werden und wann nicht. Die bisherigen Ergebnisse aus dem GMF-Projekt haben gezeigt, dass objektive Indikatoren sowohl auf individueller Ebene (z.B. Soziallage) als auch auf der Aggregatsebene (Abwanderung, Arbeitslosenquote etc.) erklärungskräftig im Hinblick auf die Abwertung schwacher Gruppen sind. Dieser Zusammenhang wird in den meisten Fällen jedoch über subjektive Indikatoren, also die individuellen

Wahrnehmungen, Problemsichten und Situationsdefinitionen (Angst vor Arbeitslosigkeit, politische und gesellschaftliche Machtlosigkeit, Orientierungslosigkeit etc.) vermittelt, die ihrerseits durch die soziale Umwelt beeinflusst werden. Dies ist zugleich ein wesentlicher Befund im Hinblick auf die Lokalanalysen und möglichen Interventionsstrategien. Denn während sich objektive Faktoren, wie die Arbeitslosigkeitsrate, Bewohnerstruktur etc., nur schwer ändern lassen, können Wahrnehmungen, Einstellungen und individuelle Situationsdefinitionen und Problemsichten durch gezielte Maßnahmen variiert bzw. verändert werden. Der *Grad der Beeinflussbarkeit* ist hier deutlich höher ausgeprägt. Für den lokalen Raum zeigen sich dabei mindestens fünf potenzielle Einflussrichtungen als bedeutsam (Anhut/Heitmeyer 2000, S. 55 f.):

- Der Einfluss der politischen Steuerung auf die Handlungsbereitschaften und das Handeln der Bürger im kommunalen Raum.
- Der Einfluss der politischen Kultur der Stadtgesellschaft (Deutungskultur/Soziokultur).
- Die Qualität der Eingebundenheit in soziale Netzwerke und soziale Gruppen.
- Die Qualität und Quantität von Intergruppenbeziehungen.
- Der Einfluss des sozialen Klimas (verstanden als Ausmaß von Angst oder Sicherheit, Vertrauen oder Misstrauen, Einflussnahme oder Machtlosigkeit sowie Verbundenheit oder Gleichgültigkeit zum Geschehen im Stadtteil auf die Wahrnehmung der Situation).

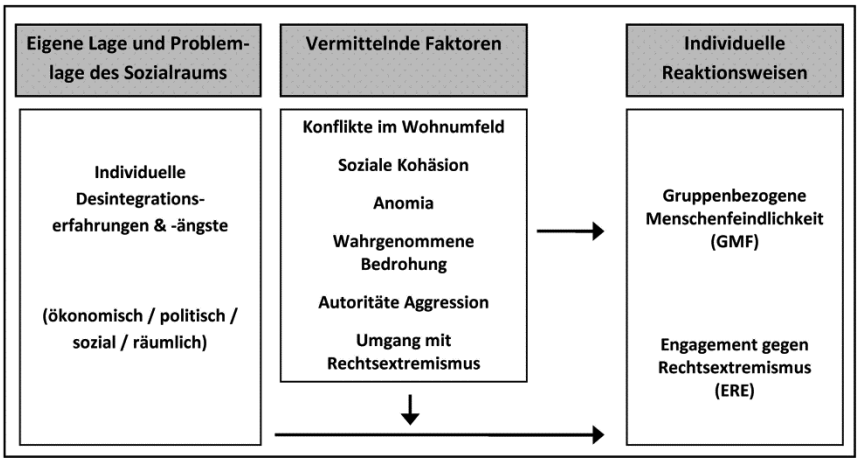
Es gilt also entsprechend spezifische Mechanismen aufzudecken, die ein feindseliges Sozialklima befördern bzw. begrenzen. Daraus ergeben sich die folgenden Untersuchungsfragen:

- Welche Bedeutung hat die Beschaffenheit des lokalen Raumes für die Ausbildung eines desintegrativen bzw. integrativen Sozialklimas?
- Verstärkt das Zusammenspiel aus räumlicher und sozialer Benachteiligung die Ausbildung eines desintegrativen bzw. integrativen Sozialklimas?
- Welche der dargelegten Einflussrichtungen sind relevant für die Etablierung eines integrativen Sozialklimas – lassen sich hier Kompensationseffekte ausfindig machen?

1.3 Das Analysemodell

In Abbildung 1 ist ein analytisches Modell zur Erklärung von GMF und der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus (ERE) dargestellt. Darin werden zentrale Einflussgrößen abgebildet, die in den Kapiteln 3 bis 5 im Hinblick auf ihren Zusammenhang mit GMF bzw. ERE (in Abbildung 1 mit Individuellen Reaktionsweisen überschrieben) auf unterschiedliche Weise untersucht werden. Dabei setzen die jeweiligen Untersuchungen unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Analysen. In den Kapiteln 4 und 5 wird ein multimodaler Untersuchungsansatz verfolgt, bei dem die quantitativen Analysen durch qualitative Interviews ergänzt werden.

Abbildung 1: Schematische Darstellung des analytischen Modells



Das analytische Modell (Abbildung 1) enthält drei Bereiche, die in den Kapiteln 1.3.1 bis 1.3.3 ausführlicher dargestellt werden.

1.3.1 Theorie sozialer Desintegration

Den theoretischen Hintergrund der Untersuchung bildet der Bielefelder Desintegrationsansatz von Reimund Anhut und Wilhelm Heitmeyer (Anhut/Heitmeyer 2000; Anhut 2002). Nach diesem theoretischen Mehrebenenansatz erfolgt die gesellschaftliche Integration von Individuen auf drei Ebenen: Auf der sozialstrukturellen Ebene handelt es sich dabei insbesondere um Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten, auf der institu-

tionellen Ebene um die Sicherstellung gleichwertiger Behandlung und damit verbundener Rechte und auf der personalen Ebene um die Her- und Sicherstellung emotionaler und sozialer Beziehungen. Kongruent zu diesen Ebenen spricht die Theorie von drei verschiedenen Integrationsdimensionen: die individuell-funktionale Systemintegration, die kommunikativ-interaktive Sozialintegration sowie die kulturell-expressive Sozialintegration, über die sich jeweils der Grad an Teilhabe, Teilnahme und Zugehörigkeiten bestimmen lässt. Zusätzlich unterscheidet die Desintegrationstheorie zwischen objektiven und subjektiven Formen der Integration, also der faktisch gegebenen Eingebundenheit und ihrer subjektiven Bewertung, d.h. inwiefern die je spezifischen Anerkennungsbedürfnisse (positionale, moralische und sozio-emotionale Anerkennung) innerhalb der Integrationsdimensionen als erfüllt wahrgenommen werden (Anhut 2002, S. 381 ff.).[1]

Anhut und Heitmeyer gehen davon aus, dass Desintegration nicht nur passive Verhaltensweisen (z.B. Rückzug), sondern insbesondere bestimmte Formen von Gewaltkriminalität, rechtextremistische Einstellungs- und Verhaltensmuster sowie allgemein die Abwertung von (ethnischen) Minderheiten hervorrufen kann (Anhut 2002, S. 395), wobei zumindest teilweise in Abhängigkeit der erlebten Anerkennungsmängel eher das eine oder andere abweichende Reaktionsmuster wahrscheinlicher wird (Anhut/Heitmeyer 2005; zur Kritik siehe u.a. Albrecht 2002). Die Erklärung abweichender wie rechtsextremistischer Einstellungen auf der Basis des Desintegrationstheorems erklärt sich nach den Autoren dadurch, dass gerade die wahrgenommene Vorenthaltung eigener Integrationschancen und -möglichkeiten die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass diese in der Konsequenz auch anderen, insbesondere gesellschaftlich schwachen Gruppen vorenthalten werden, um dadurch das eigene Selbstwertgefühl zu bestärken. Dabei wird allerdings keine direkte Beziehung zwischen Desintegration und abweichendem Verhalten bzw. abwertenden Einstellungen unterstellt, sondern eine über andere Faktoren vermittelte (u.a. Attributionsstil, soziale Vergleichsprozesse, individuelle soziale Kompetenzen, Gelegenheitsstrukturen). Ebenfalls geht die Theorie von Verstärker- und Kompensationseffekten zwischen den drei Integrationsdimensionen aus, d.h. dass der potenzielle Effekt der Desintegration in einer Dimension durch einen hohen Integrationsgrad in einer der beiden anderen kompensiert werden kann bzw. Desintegrationserfahrungen in mehr als einem Bereich die Wahrscheinlichkeit dysfunktionaler Problemverarbeitung erhöhen (Anhut 2002, S. 388).

---

1 Zur Weiterentwicklung des Anerkennungstheorems sowie seiner Erklärungskraft für abwertende Einstellungen sei auf die qualitative Studie von Barbara Kaletta (2008) verwiesen.

Die bisherigen Untersuchungen zu Desintegration konzentrieren sich vornehmlich auf die Überprüfung der direkten Effekte der drei Integrationsdimensionen auf Gewaltbereitschaft sowie -billigung und auf abwertende Einstellungen gegenüber sozial schwachen Gruppen (Einwanderer, obdachlose, behinderte, homosexuelle Personen etc.). Die Analysen liefern dabei zumeist moderate Befunde (vgl. insb. Mansel 2004)[2]. Die Berücksichtigung der postulierten vermittelnden Faktoren zwischen Desintegration und abweichendem Verhalten ist dagegen empirisch bislang nur wenig umgesetzt worden[3] und wird, soweit möglich, im Rahmen dieser Studie überprüft. Diese erweiterte Theorienprüfung ist vor allem mit Blick auf mögliche Präventions- und Interventionsstrategien bedeutsam, denn während sich an den objektiven Faktoren von Desintegration (z. B. Arbeitslosigkeitsrate, Altersstruktur der Bevölkerung) nur sehr bedingt etwas ändern lässt, trifft dies nicht gleichermaßen für die intervenierenden Faktoren, wie Gelegenheitsstrukturen, politische Kultur vor Ort etc. zu.

Des Weiteren wird in Ergänzung zum Desintegrationsansatz auch eine räumliche Dimension der Integration bzw. Desintegration mit in das theoretische und in der Folge analytische Modell aufgenommen. Denn im Sinne der Sozialökologie (z. B. Esser 1988; Oberwittler 2003; z. B. Shaw/McKay 1969) ist davon auszugehen, dass die Wahrnehmungen, Einstellungen wie auch das Verhalten von Personen nicht nur durch individuelle Merkmale bestimmt werden, sondern auch Spezifika des sozialräumlichen Kontextes, in dem die Personen leben, einen Einfluss auf die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen haben (Ditton 1998; Oberwittler, 2003) und damit auch für die Erklärung GMF von Bedeutung sind. Diese Annahme bildet zugleich den Kern unseres Beitrages: Es geht um die Frage, ob und inwiefern das Wohnumfeld bzw. die (subjektiv empfundene) räumliche Benachteiligung abwertende Einstellungen gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen beeinflussen. Die Berücksichtigung des Wohnumfeldes zur Beschreibung von bestimmten Lebenslagen wird seit einigen Jahren stärker vorangetrieben. Entsprechend finden sich in neueren theoretischen Abhandlungen zur sozialen Ungleichheit auch Indikatoren zu den Wohn(-umwelt)bedin-

---

2 Mansel (2004, S. 131 f.) kann mit insgesamt 17 berücksichtigten Konstrukten (zu den drei Dimensionen) bis 23 % der Varianz von Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung aufklären und damit knapp zwischen 11 und 47 % der abwertenden Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Heterophobie, Islamophobie, Sexismus, Etabliertenvorrechte) erklären, wobei die Erklärung der Varianz in Fremdenfeindlichkeit am stärksten ausfällt.

3 Ein Beispiel für eine Umsetzung ist die vom IKG in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle/Saale durchgeführte Studie ‚Öffentliche Gewalt im Stadtquartier', eine vergleichende Untersuchung von ethnisch differenten Stadtvierteln (Heitmeyer et al. 2011).

gungen (z. B. Schwenk 1999; Burzan 2005). Denn gerade im Kontext objektiver Benachteiligung bietet das Wohnumfeld zum Teil den einzigen Aktionsraum für die individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, was die Bedeutung der Beschaffenheit des eigenen Wohnumfeldes deutlich erhöht. Keller (1999) spricht im Zusammenhang der Überlagerung von objektiver und räumlicher Benachteiligung auch von dem „wahren Ausdruck" gesellschaftlicher Spaltung (allerdings auf rein städtischer Ebene). Dabei sagt der Anteil an Armen noch wenig über mögliche Exklusionseffekte aus. Bedeutender sind hingegen Indikatoren, die auf schlechtere materielle Lebensbedingungen (unzureichende Infrastruktur, mangelnde öffentliche Dienstleistungen etc.), beeinträchtigte soziale Lebensbedingungen (schwache soziale Netzwerkbindung) sowie symbolische Beeinträchtigungen (schlechter Ruf des Viertels, materielle und soziale Beeinträchtigungen – Incivilities – etc.) hinweisen (Friedrichs/Blasius 2000, in Anlehnung an Bourdieu). Bei einer Überlagerung dieser drei Dimensionen spricht man auch von der „Spirale der Auslese", die für die gesellschaftliche Integrationsqualität nicht folgenlos bleibt. So hat bereits eine Vielzahl von Studien, vor allem für den US-amerikanischen Forschungsraum, auf die Rolle des Wohnumfeldes für abweichendes Verhalten (Gewaltkriminalität: Shaw/McKay 1969; Eisner 2001; Gewaltbereitschaft/Gewaltbilligung: Oberwittler 2003; Kriminalitätsfurcht: Boers 1991; Viktimisierung: Lüdemann 2005, 2005a; Anomia: Wilson 1971; Bell 1957) hingewiesen. Selten finden sich hingegen Untersuchungen, die auf die Art, Konzentration und Konsequenzen von feindseligen Mentalitäten im Wohnumfeld abzielen. Hier liegt eine bedeutende Forschungslücke vor, gerade auch im Hinblick auf die Herausbildung von sozialem Kapital als einem wesentlichen Baustein für die Generierung von aktivem Bürgerengagement im Stadtquartier und damit letztlich einer starken Zivilgesellschaft.

Es ist davon auszugehen, dass der unmittelbare Lebensraum einen Effekt auf Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen nimmt und somit auch die Einstellung gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen maßgeblich mit beeinflusst, wenngleich wir diesen Effekt als ebenfalls mediiert, also über andere Variablen wie dem Gefühl von Machtlosigkeit und allgemeiner Orientierungslosigkeit vermittelt annehmen. Dabei gehen wir davon aus, dass Erfahrungen räumlicher Desintegration für sich alleine genommen kaum zu den aufgezeigten negativen Folgen defizitärer Integration führen dürften, denn Individuen, die sich sozial und institutionell, ökonomisch eingebunden fühlen, steht potenziell die Möglichkeit offen, sich der räumlich erlebten Desintegration zu entziehen (z. B. durch einen Umzug). Räumliche Desintegration kommt dann zum Tragen, wenn sie in Kombination mit wahrgenommenen Anerkennungsdefiziten in mindestens einer der drei anderen Integrationsdimensionen auftritt.

1.3.2 Vermittelnde Interpretations- und Einstellungsmuster

Neben der Theorie sozialer Desintegration wurden in Abbildung 1 weitere Einflussgrößen dargestellt, die – so die Annahme – im Zusammenhang mit GMF bzw. ERE stehen. Im Folgenden werden diese kurz skizziert und es wird auf die Kapitel verwiesen, die sich ausführlicher mit der jeweiligen Thematik auseinandersetzen.

Konflikte im Wohnumfeld. Der Begriff „sozialer Konflikt" bezieht sich auf soziale Beziehungen jeglicher Art, also zwischen Individuen, Gruppen, Organisationen, Ländern und Institutionen. In der soziologischen Konflikttheorie wird damit ganz allgemein „jede durch Gegensätzlichkeit gekennzeichnete Beziehung zwischen zwei sozialen Elementen" (Rammstedt 1995, S. 356 f.) bezeichnet, wobei Konflikte aus den Anschauungen und Absichten von sozialen Einheiten entspringen, die nicht gleichzeitig realisiert werden können. Soziale Konflikte sind als Kämpfe um Werte, Macht und Mittel zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen. In Anlehnung an Dahrendorf (1992) sind sie dabei vor allem als Ausdruck makrostruktureller Verhältnisse anzusehen. Damit es in diesem Verständnis tatsächlich zu Konflikten zwischen (mindestens) zwei Individuen oder Gruppen kommt, muss entweder in einem gewissen Maß eine Knappheit an bestimmten (materiellen) Gütern vorherrschen – in diesem Fall wird explizit von Interessenkonflikten gesprochen – oder aber soziale Konflikte entstehen über gegensätzliche Wertvorstellungen (Wertkonflikte). In beiden Fällen ist die Voraussetzung, dass zumindest einer der beiden Kontrahenten störende Merkmale der anderen Gruppe als wesentlichen Auslöser begreift. Konflikte im Wohnumfeld werden insbesondere in den Analysen von Marth in diesem Band behandelt, aber sie werden auch in den Untersuchungen in den Kapiteln 4 und 5 aufgegriffen.

Soziale Kohäsion. Unter sozialer Kohäsion wird allgemein der Zusammenhalt in der Bevölkerung verstanden. Der Begriff bezieht sich insbesondere auf das Normengefüge, das kollektiver Stabilität zugrunde liegt. Im Hinblick auf das Zusammenleben im sozialen Nahraum der Nachbarschaft kann dieses Normengefüge als „übergreifende ‚Klammer'" (Dangschat 2011, S. 3) beschrieben werden, die trotz zunehmender gesellschaftlicher Ausdifferenzierung die Integration der insbesondere in städtischen Zusammenhängen heterogenen Bevölkerung zu gewährleisten vermag. Der Beitrag von Marth in diesem Band setzt sich ausführlich mit dem Einfluss von sozialer Kohäsion auf Fremdenfeindlichkeit auseinander.

Anomia. Als Anomia kann die individuelle Reaktion auf gesellschaftliche Anomie bezeichnet werden (Hüpping 2006). Das Konzept der Anomia geht auf die Anomietheorie von Emile Durkheim (1973) und, in einer Weiterentwicklung, auf Robert Merton (1995) zurück. Anomia kann dabei als Beschreibung des Bewusstseinszustands des Einzelnen beschrieben werden, wobei darauf hinzuweisen ist, dass aus gesellschaftlicher Anomie zwar das Gefühl der Anomia hervorgehen kann, dass aber bis dato benutzte Skalen nicht die eigentliche Normlosigkeit eines Individuums erfassen, sondern eher die subjektive Beurteilung des Zustands der Anomia einfangen (Friedrichs 1997, S. 485). Der Zusammenhang von Anomia und GMF wird in dem Beitrag von Hövermann in diesem Band detailliert untersucht.

Wahrgenommene Bedrohung. Die wahrgenommene Bedrohung durch Ausländer wurde in Anlehnung an Stephan/Stephan (2000) erfasst (auch Stephan/Renfo 2002). Im Rahmen der „Integrated Threat Theory" (ITT) sind die proximalen Prädiktoren für Vorurteile Bedrohungswahrnehmungen von Personen: Je höher sich Personen durch bestimmte soziale Kategorien (Immigranten, Behinderte, Homosexuelle, etc.) bedroht sehen (real und/oder symbolisch), desto höher soll das Ausmaß an Vorurteilen der Personen diesen sozialen Kategorien gegenüber sein. Wahrgenommene Bedrohung wird in den quantitativen Analysen der Kapitel 4 und 5 aufgegriffen.

Autoritäte Aggression. Lokale autoritäre Aggression ist eine Dimension des so genannten Autoritarismus; thematisiert werden die Forderungen nach einer rigiden Kontrolle und der Verschärfung von Strafen. Implizit liegt diesem Konstrukt damit die Forderung nach starker Führung zu Grunde. Die Ursprungsitems wurden in Anlehnung an Altemeyer (1988; auch Petzel et al. 1997) entwickelt und decken insgesamt drei Dimensionen ab (Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression). Für den hier dokumentierten Forschungszusammenhang wurden ausschließlich Items zur Beschreibung der Dimension autoritäre Aggression verwendet, die hierfür in ihrer Formulierung auf lokalspezifische Begebenheiten angepasst wurden.

Umgang mit Rechtsextremismus. Ob sich jemand gegen den Rechtsextremismus engagiert, hängt nicht zuletzt von der Problemdeutungs- und Umgangskultur mit dem Rechtsextremismus vor Ort ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine öffentliche Auseinandersetzung mit und ein damit verbundenes Eintreten gegen den Rechtsextremismus von wichtigen Akteuren vor Ort auch die Einstellungs- und Verhaltensmuster der Bewohner selbst beeinflusst bzw. beeinflussen kann. Die betreffenden Aussagen zur Operationalisierung des Umgangs mit Rechtesextremismus wurden im Rah-

men des Langzeitprojekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* durch Zick/Küpper/Legge (2009) in Anlehnung an Latané/Darley (1970) generiert (hierzu ausführlich Zick/Hövermann in diesem Band).

Im Folgenden wird auf die beiden individuellen Reaktionsweisen (GMF und ERE) eingegangen, die in Abbildung 1 dargestellt wurden und in den Analysen der Kapitel 3 bis 5 zentral sind. Sicher ist eine Vielzahl anderer Reaktionsweisen wie beispielsweise diskriminierendes Verhalten oder Gewalt als Folge der untersuchten Phänomene denkbar. Über GMF bzw. einzelne Syndromelemente von GMF sowie ERE hinaus sind jedoch keine weiteren zu erklärenden Konstrukte Bestandteil der durchgeführten Analysen.

1.3.3 Individuelle Reaktionsweisen

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Der Begriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurde unter der Federführung von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der gleichnamigen, zehnjährigen Langzeitstudie (für einen Überblick Heitmeyer 2002–2012) eingeführt. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) bezieht sich dabei nach Heitmeyer, wie auch Vorurteile, auf kein individuelles Feindschaftsverhältnis, sondern auf ein Konglomerat aus abwertenden Einstellungen gegenüber Individuen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenmitgliedschaft. Der Begriff umfasst dabei nicht nur Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten, sondern bezieht generell alle sozial schwachen Gruppen ein, die mit Vorurteilen seitens der Mehrheitsgesellschaft belegt werden. Dahinter liegt die Annahme, dass abwertende Einstellungen nicht nur gegenüber Gruppen fremder Herkunft bestehen, sondern auch gegen Personengruppen gleicher Herkunft, die aber vermeintlich oder offensichtlich von den Normvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen (Heitmeyer 2002, S. 19). Für eine Abgrenzung des Konzepts vom Rechtsextremismus und Ethnozentrismus sei auf Iser (2006) sowie Legge und Mansel (2012) verwiesen.

Zugleich wird in diesem Ansatz nicht davon ausgegangen, dass es sich bei Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen um identische Einstellungsmuster handelt, sondern um verschiedene Facetten eines generellen Phänomens. Damit wiederum ist die Annahme verbunden, dass die abwertenden Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen (z. B. gegenüber Einwanderern, Individuen mit muslimischem Glauben, obdachlosen Personen, Frauen) nicht isoliert voneinander bestehen, sondern sich gemeinsam zu einem Vorurteilssyndrom konstituieren. Hier knüpft die Idee an, dass Vorurteile gegenüber verschiedenen Gruppen nicht nur auf vergleichbare oder identische Ursachen zurückgehen können, sondern auch, dass sie einen gemeinsamen Kern aufweisen, der von Heitmeyer als *Ideologie der Un-*

gleichwertigkeit bezeichnet wird (Heitmeyer et al. 1993, S. 13). Die Ideologie der Ungleichwertigkeit resultiert dabei aus der kategorialen Einordnung von Menschengruppen auf der Basis gesellschaftlicher Norm- und Normalitätsvorstellungen. Heitmeyer bemerkt hierzu: „Es werden also nicht nur Rechte in Verfassungen festgeschrieben und soziale Lagen, also spezielle Rollen und Positionen, registriert, sondern die Substanz von Menschen wird in all ihren Facetten einer kategorialen Bewertung unterzogen. In diesem Fall haben wir es dann mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zu tun" (Heitmeyer 2008, S. 37). Die Abwertung wird damit auf der Grundlage sozialer, politischer oder auch religiöser Ansichten und Überzeugungen gerechtfertigt. Die Abwertung ihrerseits kann wiederum als Legitimation für diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten gegenüber den als abweichend deklarierten Gruppen fungieren.

Die jeweiligen Bewertungskriterien für Gruppen sind dabei nicht starr, sondern können, beeinflusst vom jeweiligen gesellschaftlichen Diskurs, variieren. Das heißt, neben den traditionellen Gruppen, die mit Vorurteilen belegt werden (z. B. Individuen jüdischen Glaubens) können neue hinzukommen (z. B. Individuen muslimischen Glaubens). Ebenso ist es denkbar, dass sich Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen reduzieren bzw. ganz verschwinden (z. B. gegenüber Frauen). Zugleich wird betont, dass der Adressatenkreis nicht willkürlich ist, sondern in Abhängigkeit von spezifischen sozio-historischen Faktoren und damit zusammenhängenden Überzeugungssystemen und Mythen steht (Zick et al. 2008, S. 7).

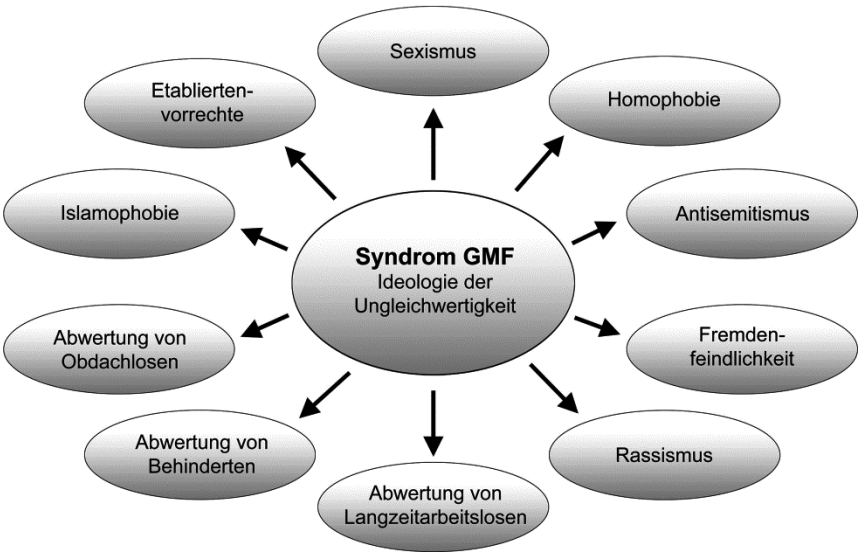
Zentral im Zusammenhang mit dem vorliegenden Band ist dabei aber vor allem, dass die zugrunde liegenden Motive charakteristisch für rechtsextremes Denken sind, d. h. Rechtsextremisten begründen einen minderen Wert und Rechtsstatus bestimmter Individuen und Gruppen durch ethnische, kulturelle, geistige oder körperliche Unterschiede.

Für das deutsche Syndrom GMF wurden zunächst neun, seit 2008 zehn Elemente berücksichtigt. Dies sind im Einzelnen: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie (= Abwertung von Individuen mit einer homosexuellen Orientierung), Abwertung von obdachlosen Individuen, Abwertung von Personen mit Behinderung, Islamophobie (= Abwertung von Individuen muslimischen Glaubens), Etabliertenvorrechte[4] sowie seit 2008 die Abwertung von langzeitarbeitslosen Personen (s. Abbildung 2; für eine differenzierte Beschreibung der Elemente Heitmeyer 2002; 2008).

---

4 Die Einforderung von Etabliertenvorrechten meint die behauptete raum-zeitliche Vormachtstellung von Alteingesessenen gegenüber neu hinzugekommenen Gruppen (vgl. auch Elias/Scotson 1965).

Abbildung 2: Das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Kritisch anzumerken bleibt, dass sich das Syndrom zwar mehrheitlich aus spezifisch definierten und damit klar benennbaren Gruppen (z. B. Frauen, Einwanderer, etc.) zusammensetzt, mit Rassismus und Etabliertenvorrechten aber auch gruppenübergreifende Elemente beinhaltet. Die theoretische Idee, diese beiden Elemente als dem Syndrom vorgeschaltet zu betrachten, hat sich empirisch allerdings nicht bestätigt. Ebenfalls kritisch bleibt, wie Iser (2006, S. 44) konstatiert, die Tatsache, dass Vorurteile gegenüber statusgleichen Gruppen nicht ohne weiteres in das Konzept integrierbar sind.

Unabhängig von diesen kritischen Einwänden können die zentralen Annahmen zum Konzept GMF vorläufig als empirisch bestätigt angesehen werden (Zick et al. 2008, S. 363). Zentral für uns ist allerdings die Frage, welche Verbreitungsgrade GMF in den untersuchten Sozialräumen hat und wodurch sie sich erklären lassen. Theoretisch greifen wir dazu auf die Theorie sozialer Desintegration zurück, wie sie in Kapitel 1.3.1 vorgestellt wurde.

Bürgerschaftliches Engagement. Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, vor allem die Individualisierung von Lebensentwürfen und die Globalisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge, forcieren in der Bundesrepublik eine zunehmende Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, und zwar weg vom Wohlfahrtsstaat hin zur Bürgergesellschaft (Deutscher Bundestag 2002). In diesem Zusammenhang spielt Bürgerschaftliches Engagement (kurz: BE) ei-

ne besondere Rolle: Gedacht als „unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ (Deutscher Bundestag 2002: 2) wird das aktive Engagement von Bürger(inne)n notwendig für die Schaffung eines solchen „Gemeinwesen[s], in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können“ (Deutscher Bundestag 2002: 6).

Ganz allgemein wird mit dem Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements das politische, soziale und Gemeinwohl fördernde Engagement von Bürgern zur Erreichung gemeinsamer Ziele bezeichnet. Bürgerschaftliches Engagement kann auch beschrieben werden als individuelle Teilhabe an gesellschaftlichen Belangen – als solche generiert es vor allem Sozialkapital und ist damit die Voraussetzung für eine integrierte Gesellschaft und Demokratie (Putnam 2000), wobei insbesondere dieser Aspekt von Engagement in Zusammenhang mit den Annahmen der Theorie sozialer Desintegration zu sehen ist. Wesentliche Merkmale bürgerschaftlichen Engagements sind Freiwilligkeit, Öffentlichkeit und der Non-Profit-Charakter der Aktivität; im Vordergrund steht vor allem der positive Effekt eines gemeinschaftlichen öffentlichen Handelns, meistens für Dritte, vor dem Hintergrund speziell politischer Fragen oftmals auch gegen bestimmte Gruppen oder Vereinigungen. Nicht selten wird bürgerschaftliches Engagement auch als Indikator für die Qualität einer Gesellschaft herangezogen: Je höher die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung ist, sich aktiv zu engagieren, desto höher ist der Zusammenhalt, die Solidarität und die Sozialität in der Gesellschaft zu bewerten.

Mit Blick speziell auf die Frage nach der Stärkung der Zivilgesellschaft bezüglich demokratiegefährdender Einstellungen innerhalb der Bevölkerung ist Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund des Konzepts der politischen Partizipation zu sehen, und zwar in folgender Hinsicht: In unserer Untersuchung sind mit BE solche Verhaltensweisen und Handlungen von Bürgern gemeint, die sie alleine oder aber mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, direkt oder indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen und Entwicklungen zu nehmen (Barnes et al. 1979, S. 42; Parry et al. 1992, S. 16; Verba et al. 1995, S. 38). Eine solche Teilhabe an gesellschaftspolitischen Prozessen geht für das Individuum in aller Regel mit dichten sozialen Interaktionen einher und begünstigt so letztlich die Entstehung spezifischer Normen einer verallgemeinerten Gegenseitigkeit: „Ich tue das für dich, auch wenn ich keine unmittelbare Gegenleistung erhalte, weil du (oder jemand anders) irgendwann meinen guten Willen erwidern wirst“ (Putnam 2000, S. 336 ff.) Dieses über Partizipation entwickelte, gegenseitige Vertrauen wird dabei umso stärker, je mehr Individuen sich beteiligen bzw. *dabei sind* (Putnam 2000, S. 20 ff.). So werden schließlich die Voraussetzungen für die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft geschaffen, in welcher der politisch-öffentliche Sektor über vielfältige Formen der Selbstorganisation